

Bundesvorstand

Arbeitsauftrag und Kandidatensuche



Zwei Themen waren bei der Klausur des Bundesvorstands der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen vom 11. bis 13. März von besonderer Bedeutung: der Arbeitsauftrag für den AIN und die Sozialwahlen 2017.

Der „Arbeitskreis Ingenieure und Naturwissenschaftler“, kurz AIN, ist eine Arbeitsgruppe in der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen. Der AIN gestaltet das Umwelt-Forum in der Bildungsstätte Brannenburg mit, dessen nächster Termin vom 9. bis 11. September 2016 sein wird. Der AIN ist ebenso dabei, wenn das nach München umgezogene „Ulmer Forum“ am 8. Oktober 2016 wieder über die Digitalisierung und deren Auswirkungen in den Betrieben diskutieren wird.

Doch der Bundesvorstand der Fachgruppe hat AIN jetzt noch mit einem speziellen Arbeitsauftrag versehen: „Untersuchung der organisatorischen und bildungspolitischen Auswirkungen von Industrie 4.0, Analyse der vorhandenen Datenbasis“ heißt die Auf-

gabe, der sich AIN widmen und die Ergebnisse im September bei der nächsten Bundesvorstandssitzung präsentieren will. Dabei geht es auch um die Möglichkeiten einer Bildungsteilzeit für Ingenieure zum Erhalt der Berufsfähigkeit, wie es sie in Österreich beispielsweise schon gibt. Ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die nötigen oder vorhersehbaren Änderungen im Ingenieurstudium im Hinblick auf die Anforderungen der „Industrie 4.0“.

Das zweite Thema, das in der Bildungsstätte „Clara Sahlberg“ am Berliner Wannsee ganz vorn auf der Agenda stand, waren die Sozialwahlen am 31. Mai 2017. Dazu war am Sonntag eigens der ver.di-Sozialwahl-Experte Axel Schmidt an den Wannsee gekommen, um

vom aktuellen Stand der Vorbereitungen zu berichten. Seit 2011 propagiert ver.di übrigens den 18. Mai als Tag der Selbstverwaltung. Rund um dieses Datum gibt es jeweils eine große Veranstaltung, in diesem Jahr am 11. Mai in Berlin mit dem Schwerpunkt auf der gesetzlichen Unfallversicherung.

Der Einreichschluss für die Kandidatenlisten der Selbstverwaltungsorgane ist am 17. November. Für interessierte ver.dianer, die sich über ihren möglichen Beitrag zur sozialen Gestaltung in den Verwaltungsräten von Krankenkassen, Unfallkassen, Genossenschaften und der Rentenversicherung informieren wollen, hat es 2015 bereits drei Seminare gegeben – ohne Zwang zur anschließenden Kandidatur. Zwei weitere Seminare sind geplant,

das Juli-Seminar ist schon ausgebucht, aber vom 12. bis 14. September in Undeloh gibt es noch wenige freie Plätze.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund DGB plant im Vorfeld der Sozialwahlen eine Dachkampagne unter dem Titel „Großes bewegen“. Bei ver.di sind betriebliche Kampagnen zusammen mit den Betriebsräten geplant, außerdem Informationsfilme und Broschüren. Alle Informationen und schon bestellbare Materialien zu den Sozialwahlen sind auf der Internet-Seite „Selbstverwaltung“ von ver.di zu finden. ■

Susanne Stracke-Neumann

<http://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/selbstverwaltung>

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie bei der Bundeskonferenz unserer Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen angekündigt, gehört der Gesundheitsschutz zu einem der Arbeitsschwerpunkte des neuen Bundesvorstands.

Die Delegierten unter Euch werden sich noch an das Heftchen



Foto: Chr. v. Polentz

mit der „Anti-Raucher- und Trinker-Lyrik“ von Ingo Insterburg erinnern, das wir bei der Fachgruppen-Konferenz im Februar

2015 in Berlin verteilt und auch im Industrie-Report im März 2015 vorgestellt haben.

Wie gerade beschlossen, wird die Warnung vor dem Rauchen auf den Zigarettenpackungen demnächst noch viel eindrücklicher werden. Im Zusammenhang mit diesem Gesetzgebungsprozess hat die Bundes-Drogenbeauftragte die Publikationen „Raucher- und Trinker-Lyrik“ von Ingo Insterburg ausdrücklich gewürdigt

und als Publikation in weiten Teilen übernommen. Und dies unterstützt durch zahlreiche Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen. Damit haben wir in ver.di mal wieder ein Leitthema als erste angesprochen. Und jetzt wünsche ich Euch eine interessante Lektüre. ■

Mit freundlichen Grüßen,
Euer Matthias Träger

Vorsitzender der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen

Deutscher BetriebsräteTag

Bewerben bis 30. April

Vom 8. bis 10. November 2016 ist wieder der **Deutscher BetriebsräteTag** mit **Messe, Netzwerken, Fachforen, Expertenvorträgen, Praxisprojekten und natürlich dem Deutschen Betriebsräte Preis.** Ort ist der Plenarsaal des **Bonner Bundestaggebäudes.**

Ausgezeichnet werden wieder hervorragende Beispiele für Betriebsratsarbeit. In den Fachforen und Vorträgen spielen Wei-

terbildung, Stress in der Arbeitswelt und vor allem „Arbeiten 4.0“ eine besondere Rolle, da diese Umwandlung der Arbeitswelt gerade auch die Betriebsräte vor besondere Herausforderungen stellt. ■

Betriebsräte können sich mit ihren Projekten noch bis zum 30. April 2016 um den Betriebsrätepreis bewerben:

<http://tinyurl.com/gqmdjb2>

Infos unter: www.betriebsraetetag.de

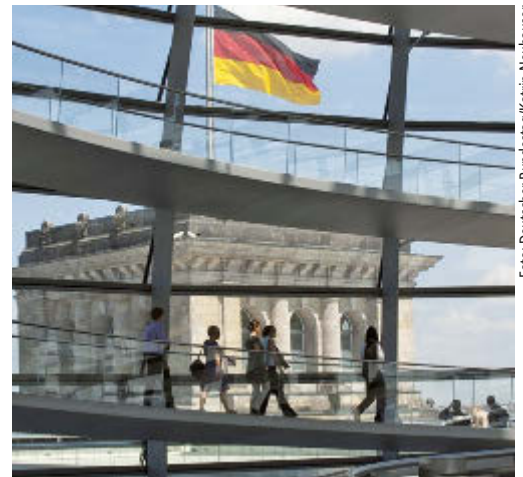


Foto: Deutscher Bundestag/Katrin Neuhauser

Metall- und Elektroindustrie Bayern

Tarifforderung beschlossen

In der Sitzung der **Tariff Kommission Bayern vom 23. Februar 2016** haben die Mitglieder eine **Tarifforderung von 5,0 Prozent des tariflichen Entgeltes einstimmig beschlossen.**

Außerdem möchte man Betriebe, die einen Anerkennungs- und Werkstarifvertrag haben, mit in Tarifrunde einbeziehen und dazu eine Kampagne gegen Tarifflicht starten. Der Tarifvertrag endet am

31. März, die Friedenspflicht am 28. April. Die ersten zwei Verhandlungstermine mit den Arbeitgebern sind bereits datiert. Vor Pfingsten werden bereits zwei Warnstreikwellen geplant. Die FG Industrie/Industrielle Dienstleistungen bittet alle ver.di-Mitglieder im Tarifbereich der IG Metall, sich solidarisch an den Aktionen zu beteiligen.

Die IG Metall Bayern fordert:

- Erhöhung der tariflichen Entgelte (Monatsgrundentgelte, Tariflöhne und Tarifgehälter) und der Ausbildungsvergütungen um 5,0% mit Wirkung ab 1. April 2016 bei einer Laufzeit von 12 Monaten.
- Die Tariff Kommission erwartet darüber hinaus, dass der Tarifabschluss zum Entgelt eine soziale Komponente enthält.
- Die Bezirksleitung Bayern wird beauftragt, in allen aktions-

fähigen Unternehmen der bayerischen Metall- und Elektroindustrie mit Anerkennungs- und Werkstarifverträgen gleichlautende Forderungen zu erheben, sofern die rechtliche Möglichkeit besteht.

Die Tarifbindung der Elektro- und Metallbetriebe in Bayern liegt bei 55 Prozent. Diese Tendenz zur Tarifflicht soll umgedreht werden. ■ ub

Impressum

Herausgeber:

Frank Werneke (stellv. Vorsitzender);
Rudolf Zink, Ressort 3
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft –
ver.di

Paula-Thiede-Ufer 10 · 10179 Berlin
Postanschrift: 10112 Berlin

<http://medien-kunst-industrie.verdi.de/>
E-Mail: fb8.industrie-report@verdi.de

Redaktion: Susanne Stracke-Neumann

Layout: einsatz, Wolfgang Wohlers

Druck: alpha print medien AG, Darmstadt

Auflage: 2000 · März 2016

Energiewende

Gewerkschaftsrat bekräftigt Ziel des Klimaschutzes

Der Gewerkschaftsrat von ver.di hat bekräftigt, dass die Energiewende konsequent zum Erfolg geführt werden muss.

Das globale Ziel des Pariser Klimagipfels, die Erderwärmung auf deutlich weniger als zwei Grad zu begrenzen, erfordere, dass Deutschland seine ehrgeizigen Klimaschutzziele erreicht. Strom, aber auch Wärme und Verkehr müssten künftig mit erneuerbaren Energien bereitgestellt werden. Die Umgestaltung müsse für alle betroffenen Beschäftigten planbar und ohne materielle Einbußen erfolgen.



Foto: Kay Hirschelmann

„Flexible, schnell regelbare Kraftwerke auf Basis fossiler Energieträger werden noch für eine Übergangszeit benötigt, um die wetterabhängige Stromerzeugung von Wind- und Solarkraftwerken zu ergänzen“, betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Andreas Scheidt (Foto), Leiter des

Fachbereichs 2, Ver- und Entsorgung. „Sollte sich herausstellen, dass es möglich ist, aus der Kohleverstromung schneller aussteigen zu können als bislang vorgesehen, muss die notwendige soziale Absicherung der Beschäftigten mit staatlichem Flankenschutz erfolgen“, sagte Scheidt.

Stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftsrats ist Werner Filipowski, Vorsitzender der „Meister_innen, Techniker_innen, Ingenieur_innen“ und Mitglied der Fachgruppe Industrie/Industrielle Dienstleistungen. Filipowski ist auch Betriebsrat bei Evonik in Marl (NRW). ■



Gute Arbeit

Impulse durch die Tarifpolitik

„Gute Arbeit“ ist eines der wichtigen Querschnittsthemen von ver.di. Allein im November 2015 und im Januar 2016 gab es in Berlin dazu ein Werkstatt-Gespräch und eine Fachkonferenz.

Der Teilnehmerkreis der Werkstatt „Gute Arbeit 2015“ in Berlin setzte sich aus Betriebs- und Personalräten, aus Mitarbeitern in Bildung und Wissenschaft und Hauptamtlichen zusammen. Sinn der Veranstaltung war ein Gedankenaustausch und die Vernetzung der Akteure mit dem Ziel, „Gute Arbeit“ in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen umzusetzen.

Die Werkstatt „Gute Arbeit 2015“ hatte zwei Schwerpunkte: Zum einen mit positiven Beispielen Mut zu machen und bei Problemen Unterstützung anzubieten und zum anderen die kommunikative Arbeit in das Bewusstsein von „Gute Arbeit“ zu rücken. Karl-Heinz (Charly) Brandl, ver.di-Bereichsleiter Innovation und Gute Arbeit, gab zur Einleitung einen Rückblick auf die bisher erfolgten Aktivitäten. Unter anderem wurde eine neue Homepage eingerichtet und es entstanden einige sehr gute Kurzfilme, die auch außerhalb von ver.di großen Anklang fanden.

Gute Arbeit ist immer aus der Sicht der Beschäftigten zu sehen. Erfolge bei Tarifrunden wird man nur durch Beteiligung der Mitglieder haben. Beim DGB-Index Gute Arbeit spielen zunehmend auch die Gefährdungsbeurteilungen durch psychische Belastung eine Rolle. Hier ist ein Wandel auch in der Politik feststellbar. Während vor Jahren noch „Sozial ist was Arbeit schafft“ im Focus stand, ist heute „Gute Arbeit“ mit dem Menschen im Mittelpunkt zu sehen.

72 Prozent der Beschäftigten sind im Dienstleistungssektor angesiedelt, davon 27 Prozent in der

mittleren Führungsebene. Mittlerweile gibt es 3.000 Internetplattformen für Crowdsourcing, 50 Prozent der Crowdworker sind festangestellt.

Die Beispiele aus der Praxis – Deutsche Telekom, Magdeburger Verkehrsbetriebe, Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Berlin – machten sehr deutlich, dass Gute Arbeit kein Kurzläufer ist und die Beteiligten einen langen Atem benötigen. Anke Thorein (Foto, links) vom Expert/innen-Netzwerk Gute Arbeit unterstrich, dass Dienstleistungsarbeit wie Einzelhandel oder Pflege auch Umgang mit Emotionen sei. Peter Kulemann (ver.di Hamburg) stellte die Veränderung der Büroorganisation von befehlsorientierter Arbeit zur Kommunikation dar.

In der Diskussion wurde nochmals der Unterschied zwischen digitaler und persönlicher Kommunikation betont. E-Mails können verletzend sein, falsch verstanden werden, persönliche Kommunikation dagegen ist eine Frage der Wertschätzung und des Führungsleitbildes.

Bei der Fachkonferenz „Gute Arbeit – Impulse durch Tarifpolitik“ im Januar stand die Prozessgestaltung für die Entwicklung von tarifvertraglichen Regelungen zur Arbeitsgestaltung, zum Gesundheitsschutz und zur Beteiligung der Beschäftigten im Vordergrund. Die Umsetzung und Etablierung tarifvertraglicher Regelungen hierzu waren Ziele des Workshops.

Das Thema Gute Arbeit stößt überall auf große Resonanz, so Norbert Reuter (Foto), neuer Leiter der tarifpolitischen Grundsatzabteilung von ver.di, in seinen Begrüßungsworten. Nach zehn Jahren DGB Index Gute Arbeit zeigen sich auch negative Entwicklungen. So steht Pflege ganz unten im Ranking, oftmals wegen Konflikten zwischen eigenen Ansprüchen und Rahmenbedingun-



Foto: Ulrich Bareiß (2)



gen. 43 Prozent der Beschäftigten können sich nicht vorstellen, bis zum Renteneintritt mit 67 durchzuhalten.

In der Politik steht laut Reuter die Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund. Mit TTIP und CETA drohen weitere Angriffe auf die nationalen Arbeitsrechte. Daher reichten tarifliche Regelungen allein nicht mehr aus, politische Einflussnahme sei erforderlich. Sylvia Skrabs (Foto, rechts) von der tarifpolitischen Grundsatzabteilung forderte dazu auf, gesetzliche Regelungen in Tarifverträgen festzuschreiben, denn sonst bestehe die Gefahr, dass nachträglich geänderte Gesetze sich negativ auf bestehende Tarifverträge auswirken. Tarifpolitik sei aber immer eine Machtfrage. Daher müssen bei der Entwicklung von tarifpolitischen Forderungen zum Gesundheitsschutz die Beschäftigten einbezogen werden. Die Beschäftigten sollen erkennen, dass hier

keine individuellen Probleme zu lösen sind.

Angeregt wurde ein Controlling von Tarifverträgen um nachzusteuern zu können. Wenn Flächentarifliche Rahmenbedingungen regeln, bestehe betrieblich ein Spannungsfeld zur Umsetzung. Hier könne mit einer Datenbank Hilfestellung gegeben werden.

Inzwischen scheint der Weg freigezogen zu sein für eine ISO-Managementsystem-Norm für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz. Sie könnte im Oktober 2016 in Kraft treten. ■

Ulrich Bareiß

<https://innovation-gute-arbeit.verdi.de/>
www.ich-bin-mehr-wert.de

Zur ISO-Norm:
<http://tinyurl.com/hvk6tsa>

Migration

Deutsches Klima Konsortium: Klimawandel nur ein Faktor von vielen



Das Deutsche Klima Konsortium (DKK) lud im Vorfeld der Münchener Sicherheitskonferenz zu einer Pressekonferenz in Berlin ein, in der die Gründe für Migration und Konflikt aus meteorologischer Sicht diskutiert wurden.

Paul Becker (Foto), stellvertretender Vorsitzender des DKK und Vizepräsident des Deutschen Wetterdienstes, stellte zunächst die verschiedenen „Dürre“-Definitionen vor: Während die Meteorologen bereits nach einem Monat der Trockenheit von einer Dürre sprechen, wird der Begriff in der Landwirtschaft erst nach zwei Monaten angewandt, bei den Hydrologen erst nach vier Monaten und in der sozio-ökonomischen Forschung sogar erst nach einem Jahr. Seit 1952 werden Dürreperioden systematisch untersucht, doch nach Becker ist dies ein zu kurzer Zeitraum für meteorologische Beweise für einen Zusammenhang von Klimawandel und einer Zunahme von Dürren. Es sei allerdings zu beobachten, dass die Sahelzone und Ostafrika, Mexiko und Teile Brasiliens, Indien, der Mittlere Osten, Indochina und Südostchina zunehmend von Dürren heimgesucht werden, so dass ein Zusammenhang wahrscheinlich erscheint.

Auch der Norden Syriens litt zwischen 2006 und 2010 unter einer schweren Dürre. Da die Regierung keine Maßnahmen zur Hilfe für die dortigen Bauern und Viehzüchter ergriff, kam es zu einer Binnenmigration in den Süden des Landes – man geht davon aus, dass sich wegen der Dürre rund 1,5 Millionen Menschen auf den Weg in die Gegend von Homs

und Daraa machten. Allerdings wanderten diese „Klimaflüchtlinge“ nicht in die Städte, die bald darauf zu Keimzellen des Aufstands gegen das Assad-Regime wurden, sondern in die ländlichen Regionen, wo sie sich in der Landwirtschaft verdingten. Dieses Mal nur eben nicht als Saisonarbeiter, sondern mit der gesamten Familie. In den Flüchtlingszelten am Rande der Dörfer waren teilweise mehr Menschen zu finden als Einheimische im Dorf.

Eine Studie aus Berkeley von 2015 sah in dieser Wanderungs-

bewegung eine direkte Ursache für den Ausbruch der Unruhen, des folgenden Bürgerkriegs und der heutigen Flüchtlingsbewegung. Diese These relativierte Christiane Fröhlich (Foto) vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Uni Hamburg. Sie wies darauf hin, dass die Wanderungsbewegung durch die Dürre eine Binnenwanderung war. Die große Zahl der Klimaflüchtlinge und die Untätigkeit der Regierung habe allerdings in den Regionen des Südens das Misstrauen gegen das Regime geschürt, das sich um das Wohl der

Bevölkerung nicht schere. Durch eine wirtschaftsliberale Politik Baschar al-Assads waren in den Jahren vorher viele Jobs, vor allem in der Landwirtschaft, weggefallen, was nicht durch eine verstärkte Industrie- oder Dienstleistungspolitik aufgefangen wurde und zu einer Arbeitslosigkeit von rund 30 Prozent führte. Die Regierungsgleichgültigkeit gegenüber diesen Klimaflüchtlings fügte dem Missmut des Volks eine weitere Facette hinzu. Und hat somit indirekt zu den Aufständen beigetragen.

Im angrenzenden Jordanien, das sowieso eine wasserarme Region ist und von der Dürre noch zusätzlich betroffen wurde, habe sich keine Aufstandsbewegung entwickelt, weil die Bevölkerung offenbar den Eindruck hatte, die Regierung kümmere sich um die Not der Menschen.

Skeptisch äußerte sich Fröhlich nicht nur zur monokausalen Dürre-These für Krieg und Flüchtlingsbewegung in Syrien. Sie zog auch die Prognosen der „maximalistischen Schule“ in Zweifel, die mit 200 Millionen bis zu einer Milliarde Flüchtlingen bis 2050 rechne, legte sich aber nicht auf eigene Prognosen fest. Nach ihrer Darstellung können Klimawandel und Dürre zum Beginn einer Binnenwanderung führen, die allerdings nur einer von vielen Faktoren für den Ausbruch von kriegerischen Konflikten und interkontinentalen Wanderungsbewegungen seien. Nicht „Alarmismus“, sondern Gegensteuern sei daher die wichtigste Aufgabe, sei es durch Verzicht von Abholzung, stattdessen Aufforstung, durch Sonnenenergie statt Holzfeuer, aber auch durch eine veränderte Sozial- und Bildungspolitik in den betroffenen Ländern. ■

Susanne Stracke-Neumann



© DKK, Foto: S. Shariff (2)



Digitalisierung

Mitbestimmung neu denken

Die Digitalisierung birgt spektakuläre Veränderungen für die Arbeitswelt. Beschäftigte kommunizieren über neue soziale Medien, Arbeit kann über Cloudsysteme einfacher organisiert werden. Doch welche Chancen bietet die Digitalisierung für die betriebliche Mitbestimmung?

Wie können Beschäftigte in Zukunft ganzheitlicher und demokratischer in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden, wie kann dabei Digitalisierung hilfreich sein? Welche Beteiligungschancen können durch die Digitalisierung vor allem in großen Unternehmen verwirklicht werden? Diesen Fragen widmete sich Ende November 2015 eine Betriebsrätekonferenz der IG Metall im Kelten-Römer-Museum in Manching. Schon der Tagungsort war spannend: in einem Römermuseum

über die Zukunft debattieren. Die rund 200 Teilnehmer nutzten dabei ihre Smartphones, um über Thesen abzustimmen, Fragen zu stellen und Themen zu kommentieren. In der neuen Arbeitsgruppenform „World-Café“ mit ständig wechselndem Teilnehmerkreis wurden zudem gewerkschaftliche Handlungsfelder definiert. 52 Prozent waren dabei der Meinung, den persönlichen Kontakt auszubauen zu wollen, nur sechs Prozent sahen als Haupt-handlungsfeld die Nutzung neuer Medien.

Mit „Zwiegesprächen“ zwischen Thomas Sattelberger (Ex-Telekom Personalchef) und Peter Mosch (Betriebsratsvorsitzender Audi), Dr. Andreas Boes (Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung ISF München) und Johann Horn (IGM Ingolstadt), sowie der über Webcam zugeschalteten Christiane Benner (zweite Vorsitzende der



Foto: Wolfgang David, Kelten Römer Museum

IGM) und Jörg Schlagbauer (VK-Leiter Audi) wurden drei Themenfelder diskutiert.

Um die Zukunft der Mitbestimmung in einer digitalisierten Arbeitswelt ging es in der ersten Gesprächsrunde. Während Sattelberger den souveränen Unternehmensbürger zwischen Management und BR sieht, lobte Mosch das deutsche Mitbestimmungsmodell als Wettbewerbsvorteil. Sattelberger plädierte neben den Arbeitnehmerschutzrechten auch für mehr Freiheitsrechte bis hin zur Wahl der Vorgesetzten. Wo es keine Freiheit gebe, gebe es keine Innovation. Er sieht die Verkürzung der Digitalisierung auf „Industrie 4.0“ als größten Fehler und den Börsenkapitalismus nicht als Zukunftsmodell. Ohne starke Betriebsräte kein Fortschritt, erklärte Mosch. Der gläserne Mensch in der Crowd und Cloud braucht Gewerkschaften, um die Abwärtsspirale zu verhindern. Dies sei nur möglich mit engagierten Menschen, die sich für andere einsetzen: „Menschen brauchen Schutz und eine Mitbestimmung 4.0.“

In der zweiten Gesprächsrunde wurde das Thema Digitalisierung der Arbeit thematisiert. Horn sieht die digitale Durchdringung und Vernetzung der komplexen Wertschöpfungskette als Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit. Er forderte Transparenz der Entscheidungen und Folgeabschätzung der Technologie. Durch den Begriff „Industrie 4.0“ entstände der Eindruck, dass dies nur eine Angelegenheit der Unternehmer sei, doch „die Sozialpartner müssen

einbezogen werden“. Boes vom ISF stand ganz unter dem Eindruck seiner Reise nach Silicon Valley. Er sei völlig überrascht, mit welcher Geschwindigkeit und Strategie sich die digitale Transformation dort vollziehe. Die Menschen seien dort „naiv und technikgläubig“. Die soziale Seite werde völlig ausgeblendet. In der Softwareentwicklung kommen auf 1.000 Festangestellte 900.000 Freelancer.

Im letzten Gespräch ging es um Mitbestimmung und Zukunft der Gewerkschaften in einer digitalisierten Welt. Schlagbauer sieht in sozialen Medien die Möglichkeit zu mehr Beteiligung der Mitglieder. Auch neue Veranstaltungsformen wie ein World-Café bieten Chancen. Laut Benner werde der allgegenwärtige Einzug der Digitalisierung in der Öffentlichkeit nicht wirklich wahrgenommen. Berufsbilder verändern sich, die Grenzen zwischen Arbeits- und Wohnort vermischen sich ebenso wie Arbeitszeit und Freizeit. Mit Crowdworking erfolge ein Angriff auf die Stammebelegschaft mit dem Ziel des Lohndumpings. Sie forderte für die Betriebsräte mehr Mitsprache, eine soziale Absicherung und Organisation der Solo-Selbstständigen und Crowdworker. Führungsstrukturen werden sich verändern von der Präsenz zur Vertrauenskultur. Arbeitgeber sähen auch eine Demokratisierungschance – ohne Betriebsrat! ■

Ulrich Bareiß

Länderberichte zur Digitalisierung von Germany Trade & Invest: <http://tinyurl.com/gmwjuvn>

Mitbestimmung

Digitale Wirtschaft braucht soziales „Betriebssystem“

Die Beschäftigten sollen nach Meinung von ver.di angesichts des digitalen Wandels stärker in den Mittelpunkt rücken. Dazu gehöre es, dass die Bundesregierung dem Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich einen Riegel vorzuschiebt. „Die digitale Wirtschaft braucht ein soziales ‚Betriebssystem‘, das für Schutz und Sicherheit der Beschäftigten sorgt“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. „Ein wesentliches Element beim Schutz vor Prekarisierung ist ein Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Die Union muss schleunigst ihre Blockade dagegen aufheben.“

Der digitale Wandel der Wirtschaft müsse dringend sozial ausgestaltet werden, forderte Bsirske. Dazu müssten etwa beschäftigungswirksame Innovationen ebenso wie die Qualifizierung der Beschäftigten gefördert werden. „Wir brauchen darüber hinaus eine soziale Absicherung der Freiberuflichkeit, einen Schutz der Persönlichkeitsrechte von Arbeitnehmern und einen wirksamen Arbeitnehmerdatenschutz“, sagte der ver.di-Vorsitzende. Erforderlich sei zudem eine digitale Infrastruktur, die auch entlegene Regionen erschließe. „Es darf keine Spaltung in Gewinner und Verlierer der Digitalisierung geben“, betonte Bsirske. ■

Vermessungsingenieur

Nachwuchs dringend gesucht

Ein Berliner Bezirk organisiert ein duales Studium, weil ihm absehbar die Vermessungsingenieure für die rege Bautätigkeit fehlen. Die Nachwuchssorgen sind offenbar groß.

Der Leiter der Treptow-Köpenicker Behörde, Christian Rentsch (36), ein promovierter Geodät, nimmt die Bewerbungen sogar persönlich entgegen, sagte er der „Berliner Woche“. Denn in den nächsten zehn Jahren ginge die Hälfte seiner Mitarbeiter in den Ruhestand und Nachwuchs sei schwer zu bekommen. Die Bewerber arbeiten in den Semesterferien in Treptow-Köpenick (über 200.000 Einwohner) mit tariflicher Ausbildungsvergütung und studieren an der Hochschule Anhalt in Dessau.

Die Interessengemeinschaft Geodäsie, „eine Allianz der Verbände Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (BDVI), Gesellschaft für Geodäsie, Geoinformation und Landmanagement (DVW) und Verband Deutscher Vermessungsingenieure (VDV)“, hat anlässlich der Intergeo 2015 ein Positionspapier zur Nachwuchssorge veröffentlicht. Die Allianz zeigte sich von den Chancen

für junge Leute überzeugt: „Wer sich heute für eine Ausbildung im Bereich Geodäsie entscheidet, hat in einigen Jahren beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Denn Geodäten – dazu gehören beispielsweise Vermessungsingenieure, Vermessungstechniker oder Geomatiker – sind gefragt wie nie.“

Merkwürdig ist allerdings, dass es in der anscheinend so zukunfts-trächtigen Branche im Bereich der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI) seit vielen Jahren nur noch einen Tarifvertrag in Nachwirkung gibt – ohne jegliche Tarifsteigerung. Nicht gerade attraktiv für den dringend gesuchten Nachwuchs. „Hausgemacht“ nennt Hartmut Loewenthal von der ver.di-Fachkommission Vermessung und Kartographie deshalb das Nachwuchsproblem. Auch Gregor Heidebring, der die Angestellten der ÖbVI im Berlin-Brandenburger Landesvorstand und im Bundesvorstand der Fachgruppe vertritt, wundert es nicht, dass schlechte Arbeitsbedingungen und Ausbildungsvergütungen keinen Nachwuchs anlocken. ■

Susanne Stracke-Neumann
<http://www.ig-geodaesie.de/positionen.html>

Augenoptik

Kinder sehen immer schlechter

Eine Untersuchung im Auftrag der Stiftung Forschungsgemeinschaft Deutscher Augenoptiker fragte, wie stark die Kurzsichtigkeit in Deutschland verbreitet ist und ob eine ähnliche Entwicklung zu erwarten ist wie in Asien.

In Asien steige die Zahl der Kurzsichtigen derzeit in einem noch nie dagewesenen Ausmaß an, in vielen Ländern seien bereits bis zu 90 Prozent der jungen Menschen kurzsichtig. Um zu erfahren, ob in Deutschland eine vergleichbare Entwicklung droht, analysierte Wolfgang Wesemann (Foto), ehemaliger Leiter der Höheren Fachschule für Augenoptik Köln, die Fehlsichtigkeit von über 500.000 Brillenträgern im Alter von ein bis 45 Jahren. Er wertete dazu anonymisierte Brillendaten aus, die aus der Betriebssoftware von zahlreichen Augenoptikerbetrieben in Deutschland stammen.

Seine Ergebnisse zeigen, dass sich die durchschnittliche Kurzsichtigkeit bei Kindern erheblich verstärkt hat. So waren zwölfjährige Kinder 2012 im Schnitt um fast 1,5 Dioptrien kurzsichtiger als im Jahr 2002. Dies lässt erwarten, dass auch der Endwert der Kurz-



Foto: ZVA

sichtigkeit bei den Betroffenen zunehmen wird.

Denn auch im Erwachsenenalter ist die Entwicklung des Auges keineswegs abgeschlossen. Das hat unter anderem Auswirkungen auf die Sicherheit im Straßenverkehr. So besagt eine Faustregel in der Augenoptik, dass eine unkorrigierte Fehlsichtigkeit von 0,5 Dioptrien die Sehschärfe ungefähr halbiert. Wer also als Jugendlicher zum Zeitpunkt seines Führerscheinbestehens noch keine Brille benötigte, ist mit Mitte zwanzig vielleicht mit einer deutlich herabgesetzten Sehkraft unterwegs. Zur Steigerung der Verkehrssicherheit fordert daher der Zentralverband der Augenoptiker und Optometristen (ZVA) für Führerscheininhaber einen verpflichtenden Wiederholungssehtest. ■

Belegschafts-Team

Ziel Sozialberatung

Das Belegschafts-Team der ver.di-Mitglieder bei Chempark/Bayer/Lanxess hat sich seit 2013 die Forderung nach einem Sozialberatungszentrum für den Chempark in Leverkusen auf die Fahnen geschrieben.

Bereits im letzten Team-Info 2015 hat der Vorstand des Belegschafts-Teams beschlossen, die Forderung mit einer Unter-

schriftenkampagne zu unterstützen. An diesem größten Chempark-Standort arbeiten rund 30.000 Beschäftigte. In diesem Zentrum sollten die Werksarzt-Betreuung und in einzelnen ansässigen Unternehmen bereits vorhandene Beratungsangebote wie „Gesunde Arbeitswelt“ und „Familie und Beruf“ zusammengefasst und durch weitere Sozialberatungsangebote ergänzt werden.



Foto: Belegschaft

Zusätzlich regt das Belegschafts-Team dort die Ansiedlung von Arztpraxen an, die auch Familienangehörigen und Außendienstlern offen stehen sollten. Vorbild für den Vorschlag ist das „LuMit“, das Mitarbeiterzentrum für Work-Life-Balance der BASF in Ludwigshafen, erläuterte die Sprecherin des Teams, Andrea Eisfelder (Foto), dem Industriesus

Studium

Wenig Teilzeit

Nur jeder zehnte Studiengang kann in Teilzeit studiert werden. Den höchsten Anteil an Teilzeit-Studiengängen gibt es im Saarland mit 64 Prozent. ■

<http://tinyurl.com/gsyrucc>

Mehr ohne Abi

Die Zahl der Studierenden ohne Abi ist auf 49.800 Studierende gestiegen – Rekord bisher. ■

<http://tinyurl.com/zyssawo>

Porträt

Ein Mann mit vielen Hobbys

Ein Mann mit vielen Hobbys ist Axel Glischinski. Und die meisten davon haben mit einem öffentlichen Ehrenamt zu tun. Der Industriemeister und Technische Hauptsachbearbeiter bei den Berliner Verkehrsbetrieben kümmert sich dabei besonders um den Nachwuchs.

Ob in der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft DLRG, wo er sich übungshalber von den Jugendlichen auch mal verbinden lässt, oder in seinem Automobilclub, wo er bei den Fahrradturnieren Kinder an Berliner Schulen zur Verkehrssicherheit motiviert, junge Menschen stehen im Mittelpunkt seiner ehrenamtlichen Arbeit. Das gilt auch für seine Rolle in der Gewerkschaft ver.di, wo er tätig ist als betrieblicher Vertrauensmann, Betriebsgruppenvorstand, im Landesbezirksvorstand und Landesbezirkfachbereichsvorstand sowie als Vorsitzender des Landesbezirks-

ausschusses Berlin-Brandenburg und als Präsidiumsmitglied des mti-Bundesausschusses, in dem die Personengruppe der Meister_innen, Techniker_innen, Ingenieur_innen vertreten wird. Denn deren Interessen, vor allem im öffentlichen Dienst, möchte er innerhalb von ver.di stärker in den Fokus bringen.

Das ist aber noch lange nicht alles, wo sich Glischinski engagiert, wenn er nicht gerade mal bei der Gartenarbeit oder beim Motorradfahren entspannt. Glischinski kümmert sich um die deutsch-polnische Gewerkschaftszusammenarbeit der Berlin-Brandenburger Fachbereiche 10 und 11 mit der Solidarnosc. Ein bisschen Polnisch hat er sich selbst beigebracht. Auch wenn sein Familienname polnisch klingt, ist die Familie schon lange in Berlin ansässig.

Quer durch Europa hat ihn sein Engagement im Netzwerk der



Foto: privat

„Transport Workers“ geführt, ob Großbritannien, Skandinavien, Polen, Tschechien oder das Baltikum, dieses Ehrenamt hat ihn weit herumgebracht. So kann das ver.di-Ehrenamt hervorragend zusammenpassen mit einer persönlichen Erweiterung des Horizonts.

Und weil das noch nicht reicht, ist Glischinski für ver.di ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Berlin.

Aber die schönste Nachwuchsarbeit für ihn ist das Zusammensein mit seiner kleinen Enkelin, die „im September 2014 als neues Hobby hinzugekommen ist“. ■

Susanne Stracke-Neumann

Weiterbildung

Aus Meister-BAföG wird Aufstiegs-BAföG

Der Bundestag hat am 26. Februar 2016 die Novelle des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) beschlossen. Mit der Novelle soll die Familienfreundlichkeit erhöht und die AFBG-Förderleistungen verbessert werden. Zusätzlich wird die AFBG-Förderung auf Bachelorabsolventinnen und -absolventen und Zugänge zur Fortbildungsprüfung ohne Erstausbildungsabschluss erweitert.



Foto: © Presse- u. Inform.-Bund/Stefien Kugler

„Wir setzen mit der Novelle des AFBG ein klares familienfreundliches Zeichen“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka. „Deshalb haben wir besonders die AFBG-Leistungen für berufliche Aufsteigerinnen und Aufsteiger mit Familie ausgebaut sowie die zeitliche Flexibilität während der Förderung erhöht.“ Ab dem 1. August 2016 wächst mit der Novelle für AFBG Geförderte in Vollzeitlehrgängen zum Meister, Fachwirt, Techniker oder Erzieher der AFBG-Zuschussbetrag bei der AFBG-Unterhaltsförderung von 238 auf 333 Euro. Der restliche Förderbetrag bis zum monatlichen Budget von zukünftig 768 Euro steht als zinsgünstiges KfW-Darlehen zur Verfügung. Bei einem verheirateten Geförderten mit zwei Kindern ist der Schritt beim maximalen Zuschussbetrag von 448 Euro auf 711 Euro bei einem Budget von zukünftig 1.473 Euro noch größer (plus 59 Prozent). ■

<http://tinyurl.com/h6d6w8r>

MINT-Kampagne

„meet.Me“ als Karrierestart für junge Frauen

Die Kampagne „Komm, mach MINT“ lädt Studentinnen und Absolventinnen aus dem Informatik- und Elektrotechnik-Bereich zu einem besonderen Karriereereignis vom 30. Juni bis zum 1. Juli 2016 nach Berlin ein. Bei der Konferenz „meet.ME“ erwarten die jungen Frauen hochkarätige Fachvorträge, Workshops sowie Speeddatings mit potenziellen Arbeitgebern. Die Teilnahme ist kostenlos. Reisekosten und Übernachtung werden erstattet. Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2016. ■

<http://tinyurl.com/jabeduc>



Foto: transit - Chr.v. Polentz

Equal Pay Day

Die Lücke

Erst am 19. März, 79 Tage nach Silvester, haben Frauen 2016 das gleiche Gehalt erarbeitet, dass Männer bis Ende 2015 erhielten.

Die allgemeine Lohnlücke zwischen Männern und Frauen beträgt in Deutschland immer noch 21 Prozent. Die Bundesregierung will per Gesetz Bundesverwaltung und Unternehmen

mit mehr als 500 Beschäftigten dazu verpflichten, betriebliche Verfahren zur Überprüfung und Herstellung von Entgeltgleichheit zu verankern. Die Unterschiede sind dort, wo es Tarifverträge gibt, geringer.

Nötig sind auch mehr und flexiblere Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Arbeitszeiten, bessere Aufstiegschancen für Frauen, eine Eindämmung prekärer und ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse sowie die Aufwertung von frauentypischen Berufen. ■

Bayerischer Ingenieurtag

Mehr Anreiz zur Energieeffizienz

Der 24. Ingenieurtag der Bayerischen Ingenieurekammer Bau mit zirka 850 Teilnehmern hatte das Motto „Tradition. Fortschritt.“

Franz-Josef Radermacher, Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung an der Uni Ulm, betonte in seinem Vortrag „Management von Wandel und Innovation – Was bringt die Zukunft?“ technische Innovationen seien heute so schnell, dass eine mehrmalige berufliche Umorientierung notwendig sei. Politische Strukturen seien zu langsam, um mit den Innovationen mithalten zu können. Allerdings bringe sich die Menschheit durch IT in eine schnelle Reaktionsfähigkeit. Er geißelte aber den „Plattformkapitalismus“, der keine Steuern und Sozialabgaben zahlen und staatliche Organisationen aushebeln wolle.

Laut einer OECD-Studie bedeute die zunehmende technische Intelligenz den Verlust von Millionen von Jobs für Hochqualifizierte durch den Einsatz von Algorithmen.

Als das größte Problem sieht Radermacher jedoch die Explosion der Weltbevölkerung. Dazu komme der Klimawandel. Völkerwanderungen seien wahrscheinlich.

Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft entspreche nicht der Interessenlage der Superreichen. Die Prozesse entwickelten sich immer mehr in Richtung Zweiklassengesellschaft, so Radermacher. Die Undurchschaubarkeit und Überwachungsmöglichkeit in der digitalen Welt schüre ein Klima der Angst, das neue Nationalstaatlichkeit und das Zerbrechen der europäischen Gemeinschaft zur Folge haben könnte.

Als größte Herausforderung bezeichnete er den Klimaschutz. Die

Innovation“. Die Referenten in München betonten die Bedeutung des Energiemanagements für den Klimaschutz.

Zukunftsangabe der Ingenieure sieht er in einem Energiemanagement, das überall einsetzbar, nachhaltig klimaneutral und bezahlbar ist.



Ernst Ulrich von Weizsäcker, Co-Präsident des Club of Rome, zeigte in seinem Vortrag „Nachhaltiges Wachstum und technologischer Fortschritt“ zunächst den Absturz der IT-Kosten. 2019 werde der Punkt erreicht sein, wo Computer den Menschen geistig überlegen sind. Wenn dabei Millionen Jobs vernichtet würden, gebe es eine Gegenbewegung. Aus diesem Grund plädierten einige Unternehmer im Silicon Valley für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Diese Aussagen werden für Weizsäcker erst dann glaubwürdig, wenn sie einer Bit-Steuer zustimmen.

Die Pariser Klimakonferenz war aus seiner Sicht ein Erfolg. Energie sei zurzeit zu billig, es lähme jeden Anreiz zur Effizienzsteigerung. Energie- und Rohstoffpreise müssten parallel zu den Effizienzgewinnen ansteigen. Man müsse dies politisch regulieren.

Insgesamt müssen wir über Verkehrsströme, Mobilität und Infrastruktur nachdenken. Passivhäuser und Altbauanierung helfen beim energieneutralen Wohnen. Das Geschäftsmodell der Zukunft mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung werde Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit sein. Er forderte zwei politische Korrekturen, zum einen einen Sozialtarif für alles Lebensnotwendige und zum anderen eine intelligente Steuerung der Industrie, damit diese nicht auswandere. ■

Ulrich Bareiß, AIN und mti

Kommentar

Wir haben Verbündete

Beide Referenten hatten den Mut, ihre Positionen zu einer neuen öko-sozialen Marktwirtschaft einer doch recht konservativen Personengruppe darzustellen. Diese Reden hätte man sich eher auf einem Gewerkschaftskongress vorstellen können, denn viele Positionen sind auch unsere.

In der Vergangenheit hat jede industrielle Revolution für Verlust von alten Arbeitsplätzen, aber auch für die Entstehung von neuen und für mehr Wohlstand gesorgt. Wie die Arbeitsplätze der Zukunft aussehen, kann man heute noch nicht vorhersagen. Jede industrielle Revolution war jedoch auch begleitet von sozialem Fortschritt, und der Produktivitätsgewinn wurde verteilt. Man

denke nur an die Einführung der Sozialversicherung, Lohnfortzahlung, Verkürzung der Arbeitszeit, etc.

Auch die 4. Industrielle Revolution, bzw. das Internet der Dinge oder Wirtschaft 4.0 muss allen Menschen dienen und nicht wenigen Superreichen. Dies haben beide Referenten kritisch angemerkt.

Wie Radermacher ausführte, dürfen wir nicht zunehmend in Kleinstaaterei und Abschottung

verfallen, verbunden mit einer rechtslastigen und neoliberalen Politik. Während Radermacher hauptsächlich im Management der Zukunft die politische Verantwortung sieht, stellt von Weizäcker den gesteuerten technologischen Fortschritt in den Vordergrund. Beides ist erforderlich. Ohne starke Gewerkschaften mit politischen Forderungen wird dies jedoch nicht möglich sein. Wir haben Verbündete und wir müssen dies nutzen. ■

Ulrich Bareiß